



EXTRABLATT

Informationen für Erwerbslose
und Menschen mit geringen Einkommen

«Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und davon dann andere Ergebnisse zu erwarten.» Albert Einstein



Foto: Markus Kurth, 1. Mai 2016, Berlin

MYTHOS LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Die unendliche Geschichte der «Langzeitarbeitslosen»

Es wird immer wieder behauptet, die Erwerbslosen seien selbst schuld an ihrer «Arbeitslosigkeit», weil sie zu alt, zu krank, zu unqualifiziert seien. Es gibt eine uralte Debatte um die befestigte «Langzeitarbeitslosigkeit». Die Behauptung, dass es Erwerbslose gibt, die seit 10 Jahren zu den «Langzeitarbeitslosen» gehören, ist einfach nur falsch. Es kann weder der Zugang noch der Abgang eines «Langzeitarbeitslosen» gezählt und somit statistisch erfasst werden.

Wer ist langzeitarbeitslos?

Die Arbeitslosenstatistik ist in mindestens zweierlei Hinsicht ungenau: Als «arbeitslos» gelten einerseits Menschen, die bis zu 14 Stunden die Woche arbeiten und auf Leistungen angewiesen sind. Das betrifft auch die sogenannten «Langzeitarbeitslosen». Andererseits tauchen Leistungsberechtigte, die sich in Maßnahmen befinden, krank gemeldet sind, sich um Erziehung oder Pflege von Angehörigen kümmern müssen oder die älter als 58 Jahre sind, nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Diese Gruppen gehören zu den Leistungsbezieher*innen und sind nicht «arbeitslos». Es gibt keinen festen Block von «Langzeitarbeitslosen» und auch nicht alle Erwerbslosen sind gleich, genauso wenig wie alle abhängig Beschäftigten gleich sind.

«2015 beendeten 1,4 Millionen ihre Langzeitarbeitslosigkeit, gleichzeitig kamen 1,38 Millionen dazu.»¹ Natürlich gibt es ältere Kolleg*innen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und mit 55 Jahren kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz haben. Das liegt aber nicht an ihnen, sondern an den privaten und öffentlichen Betrieben, die sie wegen ihres Alters nicht einstellen wollen und gleichzeitig über Fachkräftemangel klagen. Auf den Unwillen der Betriebe und Einrichtungen die Arbeitssuchenden zu guten Arbeitsbedingungen einzustellen, reagieren Politiker*innen in der «Arbeitsmarktpolitik» mit sinnlosen Maßnahmen für Erwerbslose und mit Lohnsubventionen² für Firmen und für Träger.

Keine Integration in den Arbeitsmarkt mit Ein-Euro-Jobs

Flüchtlinge sollen mit Ein-Euro-Jobs in den Arbeitsmarkt integriert werden. Aber die «Langzeitarbeitslosen sollen nicht benachteiligt werden». Denn es gibt jetzt auch für diese Gruppe die *super* «Verbesserungen» im SGB-II- Gesetz.

So dürfen jetzt Sozialpädagogen die «Langzeitarbeitslosen» betreuen. Für drei Jahre darf ein Erwerbloser jetzt in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt werden. Die häufige Ablösung von Arbeitsgelegenheiten und FAV² deutete darauf hin, «dass die Arbeitgeber die Förderung (...) vor allem dazu nutzten, eingearbeitete Beschäftigte nahtlos weiter zu beschäftigen. Die Kombination von Arbeitsgelegenheiten und der FAV bewirkte außerdem, dass die Jobcenter die gesetzlich vorgesehenen Förderzeiträume (...) überschreiten konnten.» Die «beliebten» Ein-Euro-Jobs sind schon seit mehreren Jahren kritisiert worden von den Erwerblosen und vom Bundesrechnungshof.

«Die Jobcenter führten in der überwiegenden Zahl der Fälle während und nach der Förderung keine Bera-

¹ Bundesagentur für Arbeit, April 2016: Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen

² FAV Förderung von Arbeitsverhältnissen, §16e. Betriebe und Einrichtungen erhalten 75% des Gehaltes, siehe Bundesrechnungshof Nov. 2015, abschließende Beurteilung über die Prüfung der Förderung von Arbeitsverhältnissen nach § 16e SGB II

tungsgespräche mit den Leistungsberechtigten. Sie überprüfen nicht, wie sich die Beschäftigten während ihrer Erwerbstätigkeit entwickelten oder ob sie in eine ungeforderte Beschäftigung wechseln konnten.

Die Ein-Euro-Jobs beseitigen nicht die Massenarbeitslosigkeit, sondern bedrohen vor allem reguläre, sozialversicherungspflichtige Stellen. Folgen sind: Noch mehr Auftragsschwund, Firmenpleiten, noch mehr Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle, Ausfälle von Sozialversicherungsbeiträgen und damit eine weitere Zunahme der Kinder- und Altersarmut. Der Druck auf die Löhne und Gehälter wird durch Ein-Euro-Jobs verstärkt.

Der Erwerbslosenausschuss ver.di Bezirk Berlin forderte schon 2005: Die Ein-Euro-Jobs müssen in sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden!

Auch ver.di lehnt die ein-Euro-Jobs und eine Lohnsubvention für Betriebe und Einrichtungen ab, so jedenfalls die Beschlüsse auf den letzten zwei Bundeskongressen.

Kampagne gegen Erwerbslose und Beschäftigte

Mit der Agenda 2010 wurde eine beispiellose Kampagne gegen die Erwerbslosen eröffnet, die bis heute immer wieder neue Blüten treibt. Die Behauptung, dass Erwerbslose entweder nicht arbeiten können oder nicht arbeiten wollen, wird immer wieder von Politiker*innen in den Medien gezielt verbreitet. Das war die Begründung für die Ein-Euro-Jobs und ist jetzt auch die Begründung dafür, dass Erwerbslose am besten kostenlos ehrenamtlich arbeiten sollen. Neben der angeblichen Förderung des Arbeitsvermögens und des Arbeitswillens sollen Erwerbslose so durch unterbezahlte Tätigkeiten auch einen Sinn im Leben erhalten. Der gleiche Unsinn wird jetzt den Geflüchteten angeboten als «Integration in den

ZITATE

Das verbreitete Bewußtsein, auf den internationalen Märkten einer 'Welt von Feinden' gegenüber zu stehen und durch 'deutschen Erfindungsgeist', größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft die strukturelle Überlegenheit des 'eigenen' Wirtschaftsstandortes dokumentieren zu müssen, nenne ich 'Standortnationalismus'. Konkurrenzfähigkeit avanciert zum Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne verheerende Konsequenzen für das gesellschaftliche Klima beziehungsweise die politische Kultur bleibt: «Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten, mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.» Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich damit automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: «In einer Situation, in der das 'ganze Volk' angehalten wird, 'den Gürtel enger zu schnallen', liegt es auf den Stammtischen, daß 'Fremde', seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. 'Deutsch sein' heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.»

Aus dem Artikel «Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus», Christoph Butterwegge, 2001

Arbeitsmarkt».

Die arbeits- und sozialrechtlichen Dauerarbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren bundesweit auf unter 50%³ (ohne Teilzeitbeschäftigte) zurückgegangen. Es entstanden keine neuen Arbeitsplätze, stattdessen wurden bestehende, sozial abgesicherte und gut entlohnte Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeitarbeit, unsichere Beschäftigung und niedrig entlohnte Jobs verdrängt. Die Arbeit wurde bei den abhängig Beschäftigten umverteilt und billiger für die Betriebe und Einrichtungen gemacht.

Die Anzahl der Menschen, die ergänzend Arbeitslosengeld II (ALG II) erhalten, ist ständig gestiegen, so gibt es mehr als 1,3 Millionen Aufstocker*innen.

«Dahinter verbergen sich aber zwei höchst unterschiedliche Gruppen: Die eine Hälfte, gut 600 000, lebt überwiegend von Hartz IV und verdient sich mit einem Minijob ein paar Euro dazu. Bei der anderen Hälfte ist es eher umgekehrt. Sie haben einen regulären Job oder sind selbständig, brauchen aber die Hilfe vom Steuerzahler. », sagte die Sprecherin der Nürnberger Bundesagentur⁴.

Erwerbslose sind prekär Beschäftigte.

Untersuchungen haben ergeben, dass weit mehr als die Hälfte der Leistungsbezieher*innen entweder sozialversicherungspflichtig erwerbstätig oder in anderen Formen wie zum Beispiel dem unbezahlten Scheinehrentamt beschäftigt sind.

Die Erwerbslosen in ver.di lehnen unbezahlte Tätigkeiten von Erwerbslosen und auch für Geflüchteten grundsätzlich ab.
U.P.

³ Hans-Böckler-Stiftung 2012

⁴ Süddeutsche vom 9.3.2015

DIE DESILLUSIONIERUNG EINER EUROPÄERIN IN BERLIN

Seit ich mich entschieden hatte, nach Berlin umzuziehen, habe ich viel über Deutschland gelernt, oder anders ausgedrückt: Ich habe viele Illusionen aufgeben müssen. In ganz Europa wird das deutsche Sozialmodell beweihräuchert als die alternativlose Strategie, die Krise zu überwinden, das heißt die Wettbewerbfähigkeit zu fördern und damit die Arbeitslosigkeit zu senken. Diese Auffassung wird in Frankreich wie ein Mantra in den Mainstream-Medien wiederholt, um die neoliberalen «Reformen» zu rechtfertigen. Diese Reformen verfolgen schlicht ein Ziel: das Land endlich zu reformieren, anders gesagt, Schluss zu machen mit dem französischen «Sonderweg» in Europa! Die Franzosen und Französinen müssen sich an die neoliberale Weltanschauung anpassen: Nur die Märkte gelten, der Staat hat sich lediglich um die Freiheit des Handelns und des privaten Eigentums zu kümmern. Er hat die Aufgabe, die Steuern zu minimieren, den gesetzlichen Schutz für Verbraucher, Lohnabhängigen, Mieter usw. auf ein Mindestmaß zu stutzen, den Unternehmern und den Investoren ein optimales Umfeld für maximale Profite zu besorgen.

Ich habe jetzt verstanden, dass das, was ich unter «sozial» verstehe, überhaupt nichts zu tun hat mit dem Begriff «soziale Marktwirtschaft». Seit langer Zeit werden die politischen Eliten in Frankreich von einem Minderwertigkeitskomplex beherrscht: Warum haben die Deutschen eine so niedrige Arbeitslosigkeit? Medial wird uns vermittelt, das sei eine hervorragende Leistung und wir sollen ins Schwärmen geraten. Wir müssen diesem Modell nachahmen, selbstverständlich ohne wirklich zu verstehen, was dahinter steckt. Es gibt die Idee eines abstrakten Europas, die unsere kulturelle und geschichtliche Besonderheiten verleugnet, um dem Gott «Wirtschaft» den Vorrang vor allem anderen zu geben. Leider wissen wir in der Tat nur sehr wenig über unsere Nachbarn. Wenn man nur daran denkt, dass Präsident Hollande bei seinem Amtsantritt Peter Hartz als Berater für die Einführung seiner Arbeitsmarktreformen engagiert hat, erkennt man sofort, dass das Fehlen von Wissen über das, was in den Nachbarländern geschehen ist, zu Katastrophen führen kann.

Ebenso wie viele andere EuropäerInnen, die wie ich mit dem Angelhaken des «ökonomischen deutschen Wunders» und der «Coolness» Berlins gefangen wurden, habe ich einen ganz anderen Arbeitsmarkt vorgefunden, als ich ihn mir vorgestellt hatte. Ich wurde mit einem breiten Niedriglohnsektor, unglaublichen ausbeuterischen Methoden konfrontiert und erlebte nur sehr wenig Schutz. Ich entdeckte auch, dass die Arbeitsagentur und das Jobcenter nicht dafür da sind, um dir zu helfen, eine Arbeit zu finden, sondern um ständigen Druck auszuüben, um die Arbeitssuchenden aus den Statistiken zu drängen.

Ich habe an sinnlosen Maßnahmen teilgenommen, wo prekär Beschäftigte – manchmal ohne die geringste angemessene Berufserfahrung – versuchen, 50-jährigen Arbeitslosen, überforderten alleinerziehenden Müttern, Ausländer*innen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund «fit für den Markt» zu machen. Ich wurde wie ein unmündiges Kind behandelt, weil ich als Ausländerin ein fehlerhaftes Deutsch spreche. In solchen Situationen antwortete ich: «Wenn Sie einen Lebenslauf auf französisch schreiben können, dann bitte, dürfen Sie mich beschimpfen!» Daraufhin wurde ich böse angebrüllt: «Sie werden nie eine Stelle in Deutschland bekommen!» Ja, ich weiss, ich bin schlecht intergrierbar, ich leide nicht an der Untertanenmentalität, mag nicht, wenn man mich nicht auf Augenhöhe trifft und glaube an solche Dinge wie Freiheit, gleiche Rechte für alle und Solidarität. Hier in Berlin werden ständig Vielfalt und eine «soziale Stadt» in Werbesbroschüren gepriesen. Leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus.

Ich gehöre zu einer Generation, die an die Träume eines bunten, friedlichen und sozial-demokratischen Europas geglaubt hat. Als mein Berufsleben begann, war die Mauer gerade gefallen. Der kalte Krieg war zu Ende und man konnte in ganz Europa freizügig verreisen, andere Kulturen

und Völker treffen, sich mit anderen jungen Menschen austauschen, um eine offene, demokratische Welt aufzubauen. Leider platzten die Träume sehr schnell.

Erst im Jahr 2005 hatte die Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich das verstanden und erkannt, dass diese Europäische Union unter der Kontrolle der wirtschaftlichen Mächte weder sozial noch demokratisch ist (Referendum zur Europäischen Verfassung).

Europa wird zielgerichtet zur eine Freihandelszone mit prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgebaut. Ich wünsche mir stattdessen ein soziales Europa, in dem meine Rechte überall geschützt sind.

I.B.



NOTSTANDSMISSBRAUCH IN FRANKREICH

Frankreich ist im Ausnahmezustand: Die Streiks und Demonstrationen gegen das Arbeitsgesetz haben mit dem 14. Juni eine neue Dimension erreicht. Hunderttausende gehen landesweit auf die Straße. Fabriken, Unis und Schulen werden bestreikt und blockiert.

Schon vor drei Monaten wurde das schnelle Ende der Proteste vorausgesagt, seitdem ist der Widerstand gegen die Arbeitsrechtsreform zu einer Massenbewegung herangewachsen. Die starke Mobilisierung wird getragen von Forderungen nach neuen sozialen Rechten. Und dies obwohl die staatliche Repression immer erschreckendere Ausmaße annimmt.

Die Antwort der Regierung ist die Demokratieverweigerung durch den Einsatz des Verfassungsparagraphen 49.3., das Gesetz wird ohne eine parlamentarische Debatte verabschiedet.

Vor allem Bürgerrechtsorganisationen zweifeln am Nutzen des «Etat d'urgence», der etwa Verbote der Demonstrationen und Versammlungen, Durchsuchungen ohne richterliche Anordnungen ermöglicht und den Dauerzustand einer erhöhten Polizeimacht mit sich bringt. Durch die Regelungen sind Verletzungen der Bürger- und Persönlichkeitsrechte damit Tür und Tor geöffnet.

I.B.

TIPPS

Im Deutschen Historischen Museum sind jetzt zwei empfehlenswerte Ausstellungen:

1. **«Immer bunter, Einwanderungsland Deutschland»** (bis 16. Oktober 2016) zeigt, dass Einwanderung und deren Auswirkung in Deutschland kein neues Phänomen sind.

2. **«Angezettelt, antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute»** (bis 31. Juli 2016) zeigt auch, dass «Fremdenfeindlichkeit» und rechte Gewalt in Deutschland überhaupt nicht neu sind.

Infos unter <http://www.dhm.de/ausstellungen>

Ausstellung von Mathilde ter Heijne: Blood, Sweat and Tears – Assembling Past and Future

Mathilde ter Heijne richtet ihren Blick auf die erste Frauenfriedenskonferenz in Den Haag von 1915 und nutzt gemeinsam mit einem Netzwerk von Kulturschaffenden und Friedensaktivist*innen von heute das historische Ereignis, um über weltweit aktuelle Krisen nachzudenken.

Denn mitten im Ersten Weltkrieg debattierten die Teilnehmerinnen über die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und geistigen Voraussetzungen für einen zukünftigen dauerhaften Frieden. - Etwas Zeit mitbringen, es lohnt sich.

Galerie im Körnerpark
Schierker Str. 8, 12051 Berlin
25. Juni – 4. September 2016

Öffnungszeiten: Di–So 10–20 Uhr, Eintritt frei

<http://kultur-neukoelln.de/galerie-im-koernerpark-ausstellung.php>

Die offenen Treffen der Erwerbslosen in ver.di finden regelmäßig im Monat jeden 2. und 4. Donnerstag in der Köpenicker Straße statt.

E-Mail: ulla.pingel@gmx.de

Weitere Infos sind unter: <http://erwerbslose-berlin.verdi.de>.
Hinweise zu den Beratungsterminen sind auch zu finden.

ZUM LESEN

ARMUT NERVT

In dem 208-seitigen Sammelband kommen fünf renommierte Autoren zu Wort: Ulrich Schneider, Christoph Butterwege, Stefan Sell, Friedhelm Hengsbach und Rudolf Martens.

Mitten in der Feierstimmung – Noch nie gab es so viele Erwerbstätige im Lande! – stellte der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband im Jahr 2013 seinen Armutsbericht vor. Mit einer Armutsquote von 15,5 Prozent erreichte Deutschland einen traurigen historischen Rekord. Sofort machte im Blätterwald der Vorwurf eines «Etikettenschwindels» die Runde. Die «Armutslobbyisten» würden nerven.

Die Autoren dagegen stellen fest: Armut nervt. Die (Sozial-)Expertenwelt führt einen erbitterten Kampf um die Definitionsmacht über den Armutsbegriff. Je weiter sich die Vermögens- und Einkommensschere öffne, desto rigorosere werde Armut gelehrt, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Armut bilde einen Hauptkriegsschauplatz der Sozialpolitik, ergänzt Politikwissenschaftler Christoph Butterwege in seinem Beitrag. «Wer die Situation der Betroffenen ändern will, tut gut dran, Einfluss auf die offiziellen, politisch einflussreichen und massenmedial vermittelten Armutsbilder zu nehmen.» Versuche zur ideologischen Entsorgung der Armut gebe es viele. «Armut in einer reichen Gesellschaft ist kein Natureignis. Sie wird politisch gemacht», schreibt der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach. «Offensichtlich versucht die bürgerliche Mitte sich die Armen vom Hals zu halten, indem sie die unbestreitbare gesellschaftliche Polarisierung herunterspielt.»

Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle im Paritätischen Wohlfahrtsverband, weist auf das deutsche Paradoxon hin: Im EU-Vergleich falle die Verknüpfung von Wirtschaftserfolg und hoher Armutsquote auf. Es erklärt sich seiner Auffassung nach aus einem Gestaltwandel des Arbeitsmarktes. Selbst Arbeit schütze nicht mehr vor Armut. Es war politischer Wille, einen Niedriglohnssektor zu installieren. «Die Zahl einkommensarmer Menschen befindet sich mit über zwölf Millionen Menschen auf einem Rekordhoch», so Martens.

Vor allem die Tafeln würden zeigen, dass etwas faul im Lande sei. Eine Million Menschen gehen pro Monat zur Tafel. Durch die Tafeln ließen sich monatlich 36 bis 48 Euro einsparen. Damit wäre die Hälfte der Bedarfslücke geschlossen, meint Martens. Der Paritätische fordert 87 Euro mehr für den Regelsatz eines Ein-Personen-Haushaltes.

Vom Regelsatz Betroffene aber wissen: 87 Euro sind zwar keine Peanuts, reichen jedoch längst nicht für ein menschenwürdiges Leben. Ob den Armutsforschern selbst wohl diese Summe zum Leben genügen würde?

Ulrich Schneider (Hg.), Kampf um die Armut, Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt/ Main 2015, 14,99 Euro

Diese Rezension wird schon in *Contraste* (August 2016) veröffentlicht.

V.i.S.d.P: Claus Lock, ver.di Berlin
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin